

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 104/2015
Kiel, Mittwoch, 18. März 2015

Innen/Innere Sicherheit

Wolfgang Kubicki: Wir brauchen mehr Personal bei der Landespolizei und nicht mehr Möglichkeiten der Überwachung

In seiner Rede zu TOP 13 und 30 (Anträge zur Inneren Sicherheit) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Die aktuelle Kriminalitätsstatistik, die Innenminister Studt Anfang dieses Monats vorgestellt hat, hatte sowohl Licht als auch Schatten. Wir konnten erfreulicherweise erkennen, dass sich die Aufklärungsquote im Bereich der Wohnungseinbrüche im Vergleich zum Vorjahr leicht positiv entwickelt hat [2013: 10,2%; 2014: 12,6%].

Dennoch können wir noch lange nicht davon sprechen, dass es einen signifikanten Rückgang der Deliktszahlen im Bereich der Wohnungseinbrüche gibt. Wir sind – das musste der Innenminister einräumen – hier noch immer auf einem sehr hohen Niveau.

Vor diesem Hintergrund dürfen wir auch nicht damit rechnen, dass sich das Sicherheitsgefühl der Menschen in den besonders von Einbrüchen betroffenen Gebieten wieder rasant steigert. An den Bürgerwehren, die sich in vielen Orten gebildet haben, ist leider abzulesen, wie groß die Verunsicherung und wie gering das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit der staatlichen Behörden mittlerweile ist. Wenn die Menschen das Gefühl haben, sie müssten die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit in die eigenen Hände nehmen, dann kann etwas nicht stimmen. Denn das führt meistens dazu, dass wir am Ende weniger Recht und weniger Gerechtigkeit bekommen.

Insofern stimme ich zumindest der Überschrift des einen CDU-Antrages zu, dass die Gewährleistung der Sicherheit Kernaufgabe des Staates bleiben muss.

Um die Deliktzahlen zu reduzieren, ist Abschreckung vonnöten. Diese erreichen wir aber nicht, indem wir die Strafdrohung erhöhen. Wie wir wissen, schreckt die Aussicht auf die Todesstrafe viele Menschen auch nicht davon ab, Morde zu begehen.

Das Unions-Argument, mit einer Erhöhung der Strafdrohung könne leichter auf Telekommunikationsüberwachung zugegriffen werden, ist per se kein Grund, diese Delikte in den Katalog der schweren Straftaten aufzunehmen. Denn eine angebliche Erleichterung der Strafverfolgung macht die Tat nicht grausamer oder brutaler. Vielmehr versuchen die Kollegen der Union hier eine Scheinsicherheit aufzubauen – denn wenn wir derzeit nicht einmal genug Personal haben, um die schon jetzt verfügbaren Informationen wirkungsvoll zusammenzutragen, dann werden uns noch mehr Daten auch nicht mehr bringen.

Wir haben es schon häufiger an dieser Stelle gefordert: Abschreckung im Bereich der Einbruchskriminalität lautet vielmehr: Erhöhung der Aufdeckungswahrscheinlichkeit durch mehr Polizisten vor Ort. Wenn die Einbrecher in einigen Landstrichen in Schleswig-Holstein damit rechnen können, dass sie bis zu 45 Minuten Zeit haben, bis die erste Polizeistreife eintrifft, dann machen wir es den Verbrechern schlicht zu leicht.

Und wenn wir die Polizeipräsenz sichtbar für alle erhöhen können, werden die Menschen auch keinen Grund mehr haben, sich in Bürgerwehren zu organisieren. Dafür brauchen wir keine wissenschaftlichen Studien.“